Mielkes Abschlußbericht vom 2. 11. 1961 sind 3 175 Menschen, darunter 1 049 Kinder (920 Familien) Opfer der Aktion "Festigung" geworden.

Die meisten Familien hatten das Grenzgebiet bereits am Mittag verlassen und waren noch vor Mitternacht in den neuen Quartieren untergebracht worden. Wenn ein Aufnahmeort mehrere Familien aufnehmen mußte, durften sie nicht aus ein und demselben Grenzkreis stammen. Auch sonst wurden die ehemaligen Grenzbewohner kräftig durcheinander gewirbelt. Ländliche Bevölkerung mußte in Städten unterkommen, Stadtbewohner gelangten in kleine Dörfer.

Auch nach der Zwangsaussiedlung nahezu lückenlose Kontrollen

Viele erhielten völlig unzumutbare Quartiere (kein Strom, kein Wasser, keine Heizmöglichkeit). Das spiegelt sich auch in den MfS-Akten wieder. Im Kreis Gera (Köckritz/Köffeln) wurde eine Familie in einer Scheune untergebracht, weil Bürgermeister und LPG-Vorsitzender die für sie "festgelegte Wohnung" für die LPG in Anspruch genommen hatten. Mit Hilfe der Stasi kam sie in das richtige Quartier: "In der festgelegten Wohnung fehlten Öfen und Wasser, aber sie war ohne weiteres zumutbar" - heißt es in einem Stasibericht von Anfang November 1961.

Daß viele in Arbeitsverhältnisse gepreßt wurden, in denen schon ein IM auf sie wartete, haben wohl die wenigsten vermutet. Sicher waren sich aber viele Betroffene, daß gezielte Anweisungen der Behörden dahinter steckten, wenn sie trotz vielfältiger Bemühungen nicht in andere Orte ziehen konnten. In einer Akte der ZK-Abteilung "Staats- und Rechtsfragen" heißt es: "Der Minister des Innern wird beauftragt, solche Maßnahmen einzuleiten, die sichern, daß ausgesiedelte Personen nicht ohne Kontrolle durch Umzüge untertauchen können." Folglich erhielten die Ausgewiesenen in den Karteikarten der VPKÄ im Feld 10 eine Flachkerbung.

Mit diesen Karteien arbeiteten Verbindungsoffiziere des MfS, die auch Zugang zu den Bewerberlisten der Hoch- und Fachschulen und der großen staatlichen Einrichtungen hatten - ohne Arbeitsstelle bekam man in der DDR keinen Wohnraum zugewiesen. Eine vom Politbüro des ZK der SED